

Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

Angabe
verb. d. 7. 1/2 Pf. 28 mm dr. Kolon
zeile oder deren Raum mit 40 Pf.
breit a. in unferen Annahm
stellen u. allen Anzeigen-
angelegenheiten. Reklam
breite Zeile 1.25 Mk. Anzeig
Annahmest. vorm. 11 Uhr,
für die Sonntags-Dr. abends
6 Uhr. Abstellungen, soweit zu
stellen, müssen schriftlich erfolgen.
Erklärungswert. Zeile. 1.25 Mk.
1.25 Mk., Sonntags 1 mal. Schrift
leit. u. Haupt-Verwaltung: Halle,
Herrn Domänen 1a, Gr. Brau
hausstr. 17. Neben-Verwaltung:
Halle 24 und Große Ulrichstr. 22.

Nr. 498.

Halle, Mittwoch, den 23. Oktober.

1918.

Der Eindruck der Kanzlerrede.

Schwere Kämpfe in Belgien und an der Aisne.

Amstlicher Bericht der Heeresleitung.

WTB. Großes Hauptquartier, 23. Oktober.
Wöchlicher Kriegsausgang.
Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Die Kämpfe an der Aisne-Niederung dauern an. Seit der Kanaille des Generals beiderseits von Deins. Nördlich der Stadt wurden sie abgewiesen, südlich der Stadt nach anfänglichem Geländegewinn durch Gegenstoß westlich der Straße Deins-Ostent zum Stehen gebracht. Ostlich von Kortil wurden wir vom Westrand von Dichte auf den Ostwand zurückgedrückt. Beiderseits des Dries hat keine feindliche Kanaille gescheitert. In erster Linie am 20. wurden die Höhen bei Keiberg vom schieflichen Heeres-Inf.-Regt. Nr. 10 unter seinem Kommandeur Major Grüner gegen vierfachen Vorkurs des Gegners gehalten. Zeitkämpfe in der Scharde-Niederung beiderseits von Tournay und Valenciennes.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Südlich von Marle räumten wir den vorübergehend vereinbarten Weidensposten an der Serre und Soudes und nahmen unsere Stellungen hinter die Bach-Abflüsse zurück. An der Aisne wiesen wir heftige Kanaille des Gegners beiderseits von Sautail ab.

Nur südlich von Aisne-les-Bains beiderseits von Bouzies und westlich von Dily haben die Kämpfe größeren Umfang angenommen. Unter härtestem Artilleriebeschuss geriff der Feind am frühen Morgen zwischen Terton und Salaise, sowie zwischen Dily und Beaurepaire an. Auf den Höhen westlich von Salaise konnte der Feind erst etwas Boden gewinnen. An der übrigen Front ist er vor unseren Dichten geblieben. Auch am Nachmittag brach der Feind nach erneuter härtester Artilleriebereinigung zum Angriff vor. Das 1. bayerische Infanterie-Regiment unter Führung seines Kommandeurs Major Schmidt hat in zäher Verteidigung die Höhe südlich von Chelers gegen schrecklichen Vorkurs überlegenen Gegners gehalten. Auch auf der übrigen Front wurde der Feind unter schweren Verlusten für ihn abgewiesen.

Heeresgruppe Gallwitz.

Zwischen Argonne und Maas und zwischen Maas und Meisel rege nächtliche Feueraktivität. Zeitkämpfe westlich der Maas und westlich der Meisel ohne besondere Ergebnisse. Seitens Feindes errang keinen 40. Verluste.

Der erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Kriegsminister Scheuch über die Kriegsangelegenheiten:

Wer nicht Kriegsanleihe zeichnet, handelt falsch, denn die Kriegsanleihe wird immer mindestens so gut sein wie bares Geld.

Reich

„Wichtige Entscheidungen“ bis zum 1. November.

Halle, 23. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Der Pariser „Temps“ meldet: Der französische Heeresausgang verlor die Frage der Musterung des Jahrganges 1921 bis zum 1. November. Der Kriegsminister stellte wichtige Entscheidungen für diesen Zeitpunkt in Aussicht.

Die schweren Opfer dämpfen die Freude.

Halle, 23. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Den Pariser Nachrichten zufolge meldet Havas aus Paris, daß die Hauptstadt anfänglich der letzten Erfolge nach langer Zeit wieder schläfrig war. Die Bevölkerung ist über die Erfolge erfreut, aber sie gibt dieser Freude nichts warmen Einfluß, sondern die Waage benimmt sich ernst, eingehend der schweren Opfer, die für den Sieg notwendig waren.

Englische Besatzung für die flandrische Küste.

Halle, 23. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Der „Matin“ meldet den Zusammenritt belgischer und französischer Delegierter in Amiens zur Vorbereitung der flandrischen und politischen Maßnahmen zur Wiederherstellung Belgiens. Die Besatzung der von den Deutschen geräumten Küste, einschließlich Ostende, wurde den Engländern übertragen.

Halle, 23. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Secolo meldet aus Paris: Paris wurde außerhalb des engen Verteidigungsgebietes des Feldherren erklärt. Clemenceau ist mit dem belgischen Minister des Innern nach Ostende abgereist, um die Schadenersatzforderungen an das deutsche Besatzungsheer festzustellen.

Wilson und die Kriegskostenfrage.

Halle, 23. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Die „Times“ erfahren aus New York: Der Stand der Friedenshoffnungen ist geändert und die Erwartungen auf einen Waffenstillstand herabgemindert. Im Senatsauschuß wurde die Kriegskostenfrage besprochen, wobei Lansing erklärte, daß das Friedensprogramm Wilsons eine Erstattung der Kriegskosten nicht enthält.

Sinkende Friedenshoffnung in Amerika.

Halle, 23. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Der „Herald“ meldet aus New York: Seit Freitag macht sich ein merkwürdiges Nachlassen der Friedensausichten bemerkbar. Von der neuen deutschen Note verriecht man sich keine schmeichelnde Begründung. Wohl sei die Möglichkeit zu weiteren Verhandlungen gegeben, aber die Frage des Waffenstillstandes wird so gut wie gar nicht mehr besprochen.

Kein Kräftezuwachs Deutschlands durch die Deutsch-Deisterreicher.

Halle, 23. Okt. (Privattelegramm.) Die „Köln. Ztg.“ berichtet aus Genf: Wilsons scharfe Abgabe an Deisterreicher lagern am in Paris unermartet. „Matin“ sagt: Die endgültige Regelung des Schicksals Deisterreicher ist damit nicht gegeben. Die „Action française“ vermischt das Wort jeder Vereinigung Deutsch-Deisterreicher mit Deutschland. Das „Journal“ ist überzeugt, Wilson werde nie eine solche Vereinigung der Kräfte Deutschlands geben.

Die Sozialistengruppe der Kammer beschloß, Clemenceau über das eigennützige diplomatische Vorgehen Wilsons zu befragen.

Vom belgischen Ministerrat.

Halle, 23. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Die „Neue Zürcher Zeitung“ erzählt aus Ve Havre: Der belgische Ministerrat nahm wichtige gesetzliche Bestimmungen über die Anerkennung und die Wiedergutmachung der Kriegsschäden an, sowie über die Festlegung und Abschätzung dieser Schäden. Sodann beschloß er verschiedene Maßnahmen zur Sicherung des gesetzlichen Münzverkehres.

Sorgen vor bolschewistischer Ueberflutung.

Halle, 23. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Das „Walliser Volksblatt“ meldet aus Stocholm: Hier werden Befürchtungen geäußert, daß im Falle der Räumung der russischen Randstaaten, namentlich Finnland, durch die Deutschen diese Gebiete von den Bolschewisten überflutet werden könnten. Finnland sucht bereits engeren Anschluß an die skandinavischen Staaten, besonders an Schweden.

Englisches Kapital in Algier.

Halle, 23. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Der „Zürcher Anzeiger“ meldet, daß sich die Engländer in der französischen Kolonie Algier festgesetzt haben. Sie beabsichtigen zunächst, die Bodenschätze der Kolonie in ihren Besitz zu bringen. Verschiedene englische Gesellschaften erhielten Konzessionen zur Ausbeutung der Schätze. „Libre parole“ und andere französische Blätter protestieren dagegen und warnen vor weiteren Eingriffen von verbündeten, aber den noch fremden Nationen in die lokale französische Kolonie.

Transportreise in Frankreich.

Halle, 23. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Der „Zürcher Anzeiger“ erzählt zuverlässig, daß die Transportreise in Frankreich immer bedrohlicher werde. Das heute rollende Material des Handels und der Industrie beträgt nur noch 15 Prozent des Materials vor dem Kriege. Schuld an dem Mangel ist die unerschöpflich große Verkehrsleistung zwischen den französischen Einfuhrhäfen, der Hochleistungsports nach Italien von Bordeaux und Marseille und nicht zuletzt die Beschäftigung der Bahnbeamten.

Eine italienische Transatlantik-Bahn.

Halle, 23. Oktober. (Privattelegramm.) Die „Genesi“ meldet indirekt aus Rom: Die Aufsichtsbehörde der staatlichen Arbeiten genehmigt das Bauprojekt der italienischen Transatlantik- Eisenbahn, die Rom mit Konstantinopel über Valona, Monastir und Saloniki mit Unterbrechungen nach Bagdad und Wien verbinden soll, sowie Einrichtung eines Zählwerkes auf dem Maritimen Meer. Der Bauplan sieht die Lebensdauer der bestehenden Linien Konstantinopel-Debagaschi und Saloniki-Monastir vor.

Zur gestrigen Reichstagsagung

Wieder ein großer Tag im Reichstag, aber doch ein anderes Bild als sonst. Am Regierungstisch, der volle Belegung zeigt, fehlen die Uniformen. Zum erstenmal, seit dem das Deutsche Reich und mit ihm der Reichstag ins Leben trat. Nur der Kriegsminister Scheuch — der erste bürgerliche Träger dieses Amtes — und der neue Staatssekretär des Reichsministeriums machen eine Ausnahme. Der schlichte Bürgerrock kennzeichnet schon äußerlich die neue Volksgovernment.

Des Kanzlers Rede, die er wieder sorglich vom Blatt abliest, ist im letzten Grunde eine ausführliche Erläuterung zu unserer Antwort an Wilson. Bedeutung und Ziel der neuen außenpolitischen Grundzüge und der innerpolitischen Neugestaltung werden von ihm eingehend aufgewiesen, zumal die Idee des Räterebundes wird von ihm, bis in die letzten Konsequenzen durchdringt, dargelegt und angenommen. Die Rechtsgrundzüge, die bisher nur im Gemeinschaftsleben der einzelnen Staatsgenossen galten, sollen, so legt der Prinz den Sinn der Wilsonschen Forderungen aus, künftig auf das Gemeinschaftsleben aller Staaten in der Welt gelten. Die deutsche Regierung akzeptiert ausdrücklich diese Forderung als Grundlag ihrer Politik, aber sie hält es dabei für selbstverständlich, daß alle Völker den gleichen neuen Glauben haben. Mit deutscher Gründlichkeit, wie noch nie ein Staatsmann der Entente, gründlicher noch als der Erfinder der Idee Wilson selber, macht er sich den Räterebundgedanken zu eigen. Ach, wollten doch die führenden Männer der Allierten die Idee mit gleicher Aufmerksamkeit und Konsequenz aufnehmen. Dann wäre allerdings der Friede nicht weit. Nach jeder Richtung zeigt der Kanzler aus dem Grundlag des Räterebundes die Forderungen. Ein Volk, das den Nachfrieden bewirkt, darf es nicht tadellos hinnehmen, wenn ihm selbst sein Recht nicht wird. Wilson muß es kämpfen auf Leben und Tod.

Soll das deutsche Volk seine hohe Mission erfüllen, müssen alle seine politischen Kräfte gemein, muß es als mündig behandelt werden. Unter diesem Gesichtswinkel behandelt dann der Reichstagsler die innerpolitische Umwälzung und die Verfassungsänderungen der letzten Tage. Die vier großen Mehrheitsparteien gaben in der Debatte durch ihre Wortführer ausdrücklich ihre Zustimmung zu den Darlegungen des Kanzlers. Bemerkenswert ist dabei die Haltung der nationalliberalen Partei, die sich mit feiner Entschlossenheit und unter Abwehr von der früheren Politik hinter die Volksgovernment stellt.

Nachgehend zur Ergänzung unseres Berichtes aus dem Morgenblatt noch einiges aus der Debatte.

Abg. Kaumann (Wsp.):

Wir denken dankbar daran, was in diesem Jahre die deutsche Armee von Männern draußen durchgemacht hat. Der Glanz dieser Taten wird weit in die Zukunft leuchten, sie haben Uebermenschliches getan für Volk und Vaterland. (Beifall.) Und doch wüßten sie nicht genau, welche Stellung sie eigentlich in der Heimat hatten. Draußen waren sie Helden erster Klasse, daheim Staatsbürger dritter Klasse. Die alte Staatsweisheit war: Ein Kind sollt ihr vertrauen! Jetzt heißt es in anderem Tone: nicht blind sollt ihr zum Verhandlungstische geführt werden, die Menge soll mitsprechen. Das bisherige Bismarcksche System war einatmend, um die Einigung des deutschen Volkes herbeizuführen. Unser heutiges Volk war für die Gedanken des Jahres 1848 noch nicht reif, es mußte zunächst erst einmal diktatorisch zusammengeführt werden. Wir danken der Vorkriegsregierung, daß sie uns einen Diktator wie Bismarck gegeben hat, der dieses Uebermenschliche Amt des Reichsanführers mit einer Verantwortung vor der Geschichte, vor der Unendlichkeit und vor der Dynastie, aber ohne jede Verantwortung dem Volke gegenüber tat. Gewiß hat uns dieses System viel gegeben, nicht zum wenigsten die Kraft, daß wir in diesem Kriege gegen eine Welt von Feinden vier Jahre lang durchhalten konnten. Aber es konnte zwei Aufgaben nicht leisten, die unserem Volke jetzt gestellt waren: die Einheitlichkeit der Regierung und die Unterstützung des nationalen Freiheitsgedankens. An diesen beiden starken Mängeln ist das System zugrunde gegangen.

Einheitlichkeit der Regierung! Man hat es stets als einen Vorzug der monarchischen Staatsform vor einer republikanisch-demokratischen Staatsverfassung gepriesen, daß sie in Zeiten schwerer Not eine Einheitlichkeit der Leitung garantierte, während in einer Republik die Staatsgewalt unter der Abwärtigkeit und Konkurrenz der miteinander streitenden Staatsmänner verloren geht. In der Theorie mag das richtig sein. Aber nun kam bei uns der große Krieg und da zeigte sich, daß eine Einheitlichkeit der Regierung nicht bestand. (Beifall.)



